

Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion,
der CDU-Fraktion und
der Fraktion DIE LINKE

zu:

Bericht der Landesregierung - Bericht der Landesregierung zu Nummer 2 des Beschlusses des Landtages Brandenburg „Gleichwertige Lebensbedingungen in Brandenburg schaffen – Demokratische Teilhabe ausbauen!“ vom 15. November 2017 (Drucksache 6/7616-B) - Drucksache 6/9709 vom 12.10.2018

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Vorfeld der Kommunalwahlen insbesondere folgende Maßnahmen zur Stärkung des kommunalen Ehrenamts in Gemeindevertretungen, Stadtverordnetenversammlungen und Kreistagen zu treffen:

1. Erarbeitung einer kommunalen Aufwandsentschädigungsverordnung unter Einbeziehung der kommunalen Spitzenverbände. Dabei sollen auch Kinderbetreuungskosten als Aufwand berücksichtigt werden.
2. Überarbeitung des Runderlasses zur Fraktionsfinanzierung mit dem Ziel einer höheren Flexibilität des Einsatzes der Fraktionsmittel.
3. Der Runderlass soll zudem in geeigneter Weise ausdrücklich die Möglichkeit zur Beschäftigung hauptamtlicher Mitarbeiter von Fraktionen insbesondere in den Kreistagen und kreisfreien Städten hervorheben.
4. Zur Verbesserung der Qualifizierungsmöglichkeiten für Mitglieder von Kommunalvertretungen ist durch ein Hinweis- und Erläuterungsschreiben auf vorhandene Möglichkeiten hinzuweisen. Die Anerkennung solcher Qualifizierungsmaßnahmen als Bildungsfreistellung wird angestrebt.
5. Es ist eine Musterregelung zur Reisekostenentschädigung zu erarbeiten, die eine ortsspezifische Anwendung ermöglicht.
6. Es ist ein kommunaler Erfahrungsaustausch zwischen den Kommunalvertretungen zu organisieren, der Grundlage für die Erarbeitung von Orientierungswerten zur IT-Ausstattung für Kommunalvertretungen sein soll.
7. Auf Bundesebene sollen gemeinsam mit anderen Bundesländern Initiativen zur Schaffung von Steuererleichterungen für Mitglieder von Kommunalvertretungen ergriffen werden.

Eingegangen: 13.11.2018 / Ausgegeben: 15.11.2018

8. Ausgehend von den Erfahrungen anderer Bundesländer sind die Voraussetzungen für die Einführung einer Medaille für besondere Verdienste um die kommunale Selbstverwaltung zu prüfen.

Der Ausschuss für Inneres und Kommunales ist im März 2019 über den Stand der Umsetzung der Maßnahmen zu informieren.

Begründung:

Die Ausübung von kommunalen Ehrenämtern ist eine unabdingbare Voraussetzung für eine lebendige kommunale Selbstverwaltung. Aus den Kommunen sind insbesondere im Zusammenhang mit den Vorbereitungen für eine Verwaltungsreform immer wieder Forderungen nach einer Verbesserung der Bedingungen für die ehrenamtliche kommunale Tätigkeit gestellt worden.

Mit dem vorliegenden Bericht zeigt die Landesregierung Möglichkeiten zu einer Verbesserung der Rahmenbedingungen für kommunale Ehrenämter auf, die ursprünglich nur auf die Kreistage und die Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte bezogen waren.

Über die Intention des Berichtes hinaus sollen die Vorschläge mit Bezug auf alle Kommunalvertretungen aufgegriffen und bis zur Kommunalwahl im Mai 2019 umgesetzt werden.